

## Anfragen zum Plenum in der 21. Kalenderwoche

### Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)

**Benjamin Adjei**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ist es zutreffend, dass das Abrechnungsprogramm VerAPro von HK Software ab 2026 zur Abrechnung der Vereinspauschale nicht mehr eingesetzt werden kann, mit welcher Software soll der Vorgang künftig abgewickelt werden und inwiefern wird sichergestellt, dass alle Basisdaten der Vereine unbürokratisch übernommen werden können?

**Horst Arnold**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, in wie vielen Fällen wurden seit Inkrafttreten zum 01.08.2024 der gesetzlichen Norm auf welcher konkreten Rechtsgrundlage (Art. 61a Abs. I oder II Polizeiaufgabengesetz – PAG) zur Abwendung von Gefahren für welche gefährdeten Rechtsgüter von entsprechenden Dienststellen Vorgänge anlassbezogener Zusammenführung von Daten gemäß Art. 61a PAG seit meiner letzten Anfrage vom 03.02.2025 angeordnet und durchgeführt (bitte mit Angabe/Benennung des jeweiligen Datums, der jeweiligen Gefahren, der jeweiligen Dienststellen, als auch Angabe des entsprechenden Erfolgs)?

**Nicole Bäumlner**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, ist eine digitale Speicherung von Leistungsnachweisen in der vorhandenen digitalen Infrastruktur an allen bayerischen Schulen (bspw. durch BayernCloud Schule) möglich, können datenschutzrechtliche Anforderungen dabei sichergestellt werden und wie hoch schätzt die Staatsregierung den Aufwand für Lehrkräfte bzw. Schulen ein, sämtliche Leistungsnachweise beständig und zeitnah zu digitalisieren?

**Johannes Becher**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, in welcher Höhe hat der Freistaat Bayern Beiträge zur Einrichtung des Deutschen Zentrums Kulturgutverluste (DZK) sowie zur Einrichtung seiner Vorgängerinstitutionen bzw. deren Träger geleistet (bitte die für die Einrichtung aufgewendeten Summen mit dem jeweiligen Jahr der Zahlung tabellarisch angeben), welche jährlichen Mittel wurden bzw. werden seit der erstmaligen Zahlung bis einschließlich 2025 für den laufenden Betrieb des DZK, seiner Vorgängerorganisationen sowie der Trägerstiftung aufgewendet (bitte mit Jahreszahl und Summe angeben) und in welcher Weise begründet die Staatsregierung die jeweilige finanzielle Beteiligung?

**Franz Bergmüller**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, welche objektiv messbaren Erfolge haben die sie und ihre Justiz- und Finanzbehörden seit Einführung der Identifizierung von Personen, die einen staatlich definierten, maximalen Bargeldbetrag nutzen wollen oder seit Einführung einer Bargeldobergrenze, gegen Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung, Steuerhinterziehung von z. B. 10.000 Euro (ggf. auch in Zusammenarbeit mit anderen Ländern, insbesondere in anderen EU-Ländern, die eine derartige Bargeldobergrenze bereits eingeführt haben, darunter z. B. Italien seit Januar 2023 über 5.000 Euro und/oder Spanien über 1.000 Euro und/oder Griechenland über 500 Euro, wo aktuell bereits sogar über eine noch weitere Absenkung auf 200 Euro diskutiert wird) feststellen können, welche Initiativen, auch Bundesratsinitiativen, hat die Staatsregierung nach dem 21.05.2024 gestartet oder wird die Staatsregierung in Zukunft starten, um ihrer eigenen Aussage „Bayern wird sich mit aller Kraft dafür engagieren, dass die jetzt beschlossene Beschränkung kein Auftakt für weitere Verbote oder gar zur vollständigen Abschaffung von Bargeld als Zahlungsmittel wird.“ Taten folgen zu lassen (vgl. <sup>1</sup> und bitte die EU-Rechtsgrundlage benennen) und wie macht die Staatsregierung aktuell – im jüngsten Bestreben der neuen Bundesregierung das Anbieten von Zahlungen über Kartenterminals zur Pflicht machen zu wollen, obwohl im Koalitionsvertrag dazu keine Pflicht vereinbart wurde und in Zeile 1580 lediglich ein „soll“ zu lesen ist – ihre eigene Positionierung „Bayern wird sich mit aller Kraft dafür engagieren, dass die jetzt beschlossene Beschränkung kein Auftakt für weitere Verbote oder gar zur vollständigen Abschaffung von Bargeld als Zahlungsmittel wird.“ geltend (bitte vorzugsweise mit Hilfe von z. B. drei Beispielen transparent machen)?

**Cemal Bozoğlu**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Informationen zur Teilnahme bayerischer Mitglieder der „Identitären Bewegung“ am „Remigration Summit 25“ in Mailand vorliegen, wie die Verstöße der Rechtsextremistinnen und Rechtsextremisten gegen erlassene Ausreiseverbote bewertet werden und ob die bayerische Justiz mit dem Vorgang befasst ist.

**Florian von Brunn**  
(SPD)

Nachdem die Staatsregierung beabsichtigt, mit dem Dritten Modernisierungsgesetz die Schwellen für Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVPs) für den Bau bzw. den Ausbau von Skipisten, Seilbahn- und Lifтанlagen sowie Anlagen für die künstliche Beschneidung deutlich anzuheben und über eine „Verjährungsregel“ sogar noch weiter auszudehnen, frage ich sie, mit welchen Prüfungsverfahren unterhalb dieser neuen Schwelle für UVPs in Zukunft sichergestellt werden soll, dass die Anforderungen des Bayerischen Alpenplans für die Zone A („In der Zone A sind Verkehrsvorhaben im Sinn von 2.3.3 mit Ausnahme von Flugplätzen landesplanerisch grundsätzlich unbedenklich, soweit sie nicht

---

<sup>1</sup> <https://www.bayern.de/fueracker-bargeldobergrenze-beschneidet-freiheitsrechte-eu-beschliesst-barzahlungsobergrenze-von-10-000-euro-ab-2027-freistaat-bayern-stellt-sich-langfristig-gegen-begrenzung-der-bargeldnutzung/>

durch Eingriffe in den Wasserhaushalt zu Bodenerosionen führen können oder die weitere land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung gefährden. Wie bei der Planung und Ausführung solcher Verkehrsvorhaben die Erfordernisse der Raumordnung zu berücksichtigen sind, ist im Einzelfall raumordnerisch zu überprüfen.“) und die Zone B („In der Zone B sind Verkehrsvorhaben im Sinn von 2.3.3 landesplanerisch nur zulässig, wenn eine Überprüfung im Einzelfall ergibt, dass sie den Erfordernissen der Raumordnung nicht widersprechen.“) eingehalten werden, wie diese massiven Lockerungen von Umweltprüfverfahren mit den Durchführungsprotokollen der Internationalen Alpenkonvention zu vereinbaren sind – die ja in Deutschland unmittelbar geltendes Recht sind – , insbesondere mit dem Bodenschutz- und dem Naturschutzprotokoll der Alpenkonvention und mit welchen Verfahren und Prüfungen in Zukunft bei Projekten (unterhalb der Schwelle der UVPs), die die Ziele und den Geltungsbereich der Internationalen Alpenkonvention und ihrer Durchführungsprotokolle betreffen, deren Einhaltung sichergestellt wird?

**Dr. Markus Büchler**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie ist der Sachstand beim Umbau des Bahnhofs Gaimersheim, wann ist insbesondere mit der Inbetriebnahme des Wendegleises nördlich vom Bahnhof Gaimersheim zu rechnen, damit zukünftig halbstündige Fahrten zum Bahnhof Ingolstadt Audi und weiter nach Gaimersheim stattfinden können und wie ist der Sachstand bei der hierfür erforderlichen Erneuerung der Stellwerkstechnik?

**Kerstin Celina**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, warum wurde trotz der Ankündigung einer Lösung für das Frühjahr 2025 durch die Staatsregierung noch immer keine Lösung für die fehlenden FSJlerinnen und FSJler aufgrund des Mangels an Abiturientinnen und Abiturienten durch die Umstellung von G8 auf G9 gefunden und stattdessen tauschen sich die Verbände noch immer mit dem Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales und Ministerpräsident Dr. Markus Söder diesbezüglich aus, wann wird die Staatsregierung einen Lösungsvorschlag unterbreiten und wird auch die Finanzierung zusätzlicher Optionen neben einer einmaligen Strukturförderung in Erwägung gezogen, beispielsweise eine Kooperation mit den Hochschulen mit Anreizen für Studierende, die Lücke „in Teilzeit“ zu füllen?

**Maximilian Deisenhofer**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, was waren 2024 die Ausfall- und Verspätungsursachen speziell in den Netzen Augsburg-Netze Los 1 (insbes. Ulm – Augsburg – München) und Dieselnetz Ulm (insbes. Günzburg – Krumbach – Mindelheim), welche jährliche Mindestpünktlichkeitsquote hat die BEG im Zuge der Ausschreibungen jeweils definiert und wie haben sich die Fahrgastzahlen auf den genannten Streckenabschnitten im Jahresvergleich entwickelt?

**Gülseren Demirel**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Laut dem Integrationsbeauftragten der Staatsregierung sollen Maßnahmen seitens der Staatsregierung gegen Diskriminierung eingeleitet werden, weshalb ich die Staatsregierung frage, wann

die Maßnahmen eingebracht werden, welche Inhalte werden angesprochen und welche finanzielle Mittel stehen konkret für die Finanzierung der Maßnahmen bereit?

**Rene Dierkes**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wurden bzw. werden die vom Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz als beobachtet bekannt gegebenen Mitglieder des Landtags nachrichtendienstlich überwacht, wenn ja, mit welchen konkreten Mitteln und für welchen Zeitraum?

**Martina Fehlner**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, sind Ausgleichsmaßnahmen für Windkraftanlagen im Wald/Staatsforsten vorgesehen, welche konkreten Maßnahmen sind dies, und welche besonderen Anforderungen an waldbauliche Maßnahmen werden hierbei gestellt?

**Christiane Feichtmeier**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche erarbeiteten Vorgaben und Ziel-/Mengenbestimmungen für Windkraftanlagen im Wald/Staatsforsten für welchen Zeitrahmen existieren bereits, und welche Vorrang- bzw. Ausschlusskriterien werden dabei angewandt?

**Patrick Friedl**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Da der Frühling 2025 bis jetzt in Bayern sowie in ganz Deutschland alarmierend trocken ist und sich in den Temperaturdaten des Deutschen Wetterdienstes (DWD) für die vergangenen Jahre ein deutlicher Anstieg der Durchschnittstemperatur in Bayern ablesen lässt, frage ich die Staatsregierung, wie ist der aktuelle Stand der Erarbeitung kommunaler Hitzeaktionspläne (bitte aufgeschlüsselt nach in Vorbereitung, in Erarbeitung, fertiggestellt und in Umsetzung), wie ist der Stand der staatlichen Förderung kommunaler Hitzeaktionspläne (bitte auch den Stand der beantragten Mittel im Vergleich zu den vorhandenen Haushaltsmitteln für diesen Bereich für die letzten drei Jahre, nach Jahren aufgeschlüsselt, angeben) und wie ist der Stand der Hitzeoordination für Bayern, insbesondere unter dem Aspekt des Katastrophenschutzes und im Hinblick auf Erkenntnisse aus dem Projekt „Auswirkungen von Hitzeereignissen auf Anzahl und Art von Rettungsdienstesätzen in Bayern“ (HIRTE)?

**Barbara Fuchs**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie unterstützt sie konkret das Wirtschaftsbüro der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw) in Tirana, Albanien, inwiefern fallen hier Kosten für den Freistaat an und wie viele albanische Fachkräfte konnten mithilfe dieses Büros bereits in Bayern eine Beschäftigung aufnehmen?

**Mia Goller**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie unterstützt sie die geplante Elektrifizierung der Bahnstrecke Mühldorf – Simbach im Rahmen des Bundesprojekts ABS 38, inwieweit ist sie aktuell in die Planungen und Abstimmungen mit der Deutschen Bahn und dem Bund eingebunden und wie bewertet sie die verkehrliche Bedeutung dieses Abschnitts insbesondere für die Stadt Simbach am Inn im Hinblick auf eine grenzüberschreitende Anbindung nach Österreich?

**Holger Griebhammer**

Vor dem Hintergrund aktueller Tierschutzskandale in Bayern und

- (SPD) übereinstimmender Presseberichte über einen Zuständigkeitswechsel vom Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz zum Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus im Herbst 2024 frage ich die Staatsregierung, welches Ressort derzeit fachlich und politisch zuständig ist für die Kontrolle tierschutzrechtlicher Vorschriften in Tierhaltungsbetrieben, auf welcher Grundlage ein solcher Zuständigkeitswechsel erfolgt ist und wie die Staatsregierung sicherstellt, dass bei tierschutzrechtlichen Verstößen konsequent kontrolliert, verfolgt und sanktioniert wird?
- Sabine Gross**  
(SPD) In Bezug auf Anträge im Bereich der Wohnraumförderung ab 2023 frage ich die Staatsregierung, in wie vielen Fällen wurde ein vorzeitiger Maßnahmenbeginn bewilligt (bitte aufgeschlüsselt nach Jahr und Regierungsbezirk), in wie vielen dieser Fälle sind bereits endgültige Förderbescheide ergangen (bitte aufgeschlüsselt nach Jahr und Regierungsbezirk) und wie viele Wohneinheiten sollen durch Projekte mit vorzeitigem Maßnahmenbeginn entstehen (bitte aufgeschlüsselt nach Jahr, Regierungsbezirk und Förderprogramm)?
- Volkmar Halbleib**  
(SPD) Im Hinblick auf die bereits verstrichene Zeit frage ich die Staatsregierung, welche der im Dezember 2024 von Ministerpräsident Dr. Markus Söder im „Kraftpaket“ angekündigten Maßnahmen zur Unterstützung des Industriestandorts Schweinfurt wurden bislang konkret umgesetzt, wie sieht die weitere Planung (Konzept, Ziel, Fördersummen, Förderempfänger, Mittelherkunft, Zeithorizont etc.) für Unterstützungsmaßnahmen aus und wie ist der aktuelle Stand bezüglich der Verhandlungen zwischen dem Freistaat Bayern und dem Zweckverband Interkommunaler Gewerbepark Conn Barracks bezüglich der Überlassung des Verwaltungstraktes und der im Gegenzug dazu vom Zweckverband vorgeschlagenen Weiternutzung der Unterkunftsgebäude über den ursprünglich vertraglich vereinbarten Nutzungszeitraum hinaus?
- Andreas Hanna-Krahl**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Ich frage die Staatsregierung, wie viele akademisch qualifizierte Praxisanleitende sind derzeit bei der Vereinigung der Pflegenden in Bayern registriert, wie stellt die Staatsregierung sicher, dass für die Studierenden im primärqualifizierenden Bachelorstudium Pflege eine ausreichende Anzahl akademisch qualifizierter Praxisanleitender zur Verfügung steht – insbesondere im Hinblick auf die gesetzlich geforderten Kompetenzen und welche Erkenntnisse liegen der Staatsregierung darüber vor, inwiefern fehlende akademisch qualifizierte Praxisanleitende aktuell den Ausbau und die Qualität des primärqualifizierenden Pflegestudiums behindern – insbesondere im ländlichen Raum oder bei kleineren Trägern?
- Christian Hierneis**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Angesichts der von Expertinnen und Experten seit vielen Jahren angemahnten fortschreitenden Erosion der Artenkenntnis in der Gesellschaft frage ich die Staatsregierung, wie ist die Entwicklung der Anzahl der (versierten) Artenkennerinnen und Artenkenner in Bayern (bitte die Entwicklung in Zahlen der letzten 20 Jahre nach Jahren angeben, soweit Daten vorhanden), welche (staat-

lichen und privaten) Initiativen und Programme zur Bildung im Bereich Artenkenntnis und zur Ausbildung und Zertifizierung von Artenkennerinnen und -kennern gibt es (bitte alle aufführen und auch diejenigen aufführen, die von der Staatsregierung gefördert werden) und wo sieht die Staatsregierung Bedarf für verstärkte Aus- und Weiterbildung und zusätzliche staatliche Initiativen, auch um die ordnungs- und fristgerechte Bearbeitung von notwendigen (z. B. naturschutzfachlichen und anderen) Gutachten bei Bauvorhaben und Infrastrukturprojekten sicherzustellen?

**Claudia Köhler**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Nachdem der Freistaat Bayern ein Grundstück in bester Lage direkt an der U-Bahn Haltestelle Garching Forschungszentrum im Jahr 2008 in Erbpacht vergeben hat, um Dienstleistungen und Einkaufsmöglichkeiten am Forschungscampus zu schaffen, und das Gebäude bereits im Jahr 2019 fertiggestellt wurde, frage ich die Staatsregierung, von welchem Zeitraum sie ausgeht, dass die GALILEO Neue Mitte am Hochschulcampus Garching GmbH & Co. KG die für die Studierenden und Beschäftigten am Forschungscampus angekündigten Möglichkeiten zur Verfügung stellt, weshalb sie seit Jahren den in weiten Teilen Leerstand des Gebäudes akzeptiert und welche Initiativen sie bisher ergriffen hat, um den Leerstand zu beenden?

**Florian Köhler**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Klimaziele gelten aktuell verbindlich für den Freistaat Bayern – die bisherigen für 2040 oder die angekündigten für 2045, wann ist mit einem konkreten Gesetzentwurf zur Anpassung des Bayerischen Klimaschutzgesetzes im Landtag zu rechnen und auf welches konkrete rechtswirksame oder normative Dokument stützt sich die Staatsregierung bei der behaupteten Verschiebung des Klimaziels von 2040 auf 2045, sofern bisher keine Gesetzesänderung erfolgt ist?

**Sanne Kurz**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele gemeldete Vorfälle im Zusammenhang mit Angriffen, Bedrohungen oder sonstigen sicherheitsrelevanten Vorkommnissen gegen Medienschaffende wurden der Staatsregierung jeweils in den Jahren 2019 bis 2024 bekannt (bitte Aufschlüsselung nach Vorkommnissen bei Versammlungen, online, allgemein im Kontext ihrer beruflichen Tätigkeit, sowie in der Gesamtzahl), welche Mittel hat die Staatsregierung in den Jahren 2019 bis 2024 jeweils im Zusammenhang mit den Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit von Medienschaffenden verausgabt, insbesondere im Rahmen der Projekte „Sicher von Demonstrationen berichten“ und „Konsequent gegen Hass“ sowie durch staatlich unterstützte Aus- und Weiterbildungsangebote (bitte mit Angabe der jeweils veranschlagten und jeweils abgerufenen Mittel) und inwiefern sieht die Staatsregierung durch Projekte wie „Sicher von Demonstrationen berichten“, die Initiative „Konsequent gegen Hass“, die Förderung journalistischer Weiterbildung, die Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Journalisten-Verband (BJV), ver.di oder ähnlichen, zum Teil vom Freistaat unterstützten Projekten, einen wirksamen Beitrag zur Verbesserung der Sicherheitslage von Journalistinnen und Journa-

- listen und somit der Freiheit der Presse in der Berichterstattung in Bayern?
- Eva Lettenbauer**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
- Ich frage die Staatsregierung, warum werden der Hermann-Keßler-Schule in Möttingen trotz Bedarfs für das Schuljahr 2025/2026 für die Bildung neuer Klassen nicht die notwendigen zusätzlichen Planstellen zugewiesen, wie viele Kinder erhalten aufgrund des Stellenmoratoriums trotz bestehenden Bedarfs keinen Platz an einer geeigneten Förderschule und wie stellt das Staatsministerium für Unterricht und Kultus sicher, dass künftig ausreichend Förderschulplätze für Kinder mit Förderbedarf im Landkreis Donau-Ries zur Verfügung stehen?
- Oskar Lipp**  
(AfD)
- Ich frage die Staatsregierung, wie will sie konkret sicherstellen, dass – wie von Ministerpräsident Dr. Markus Söder beim Rüstungsgipfel angekündigt – 25 Prozent der neuen Rüstungsaufträge des Bundes an bayerische Unternehmen vergeben werden, obwohl die Vergabehoheit ausschließlich beim Bund liegt wie will Staatsminister Hubert Aiwanger die beim Rüstungsgipfel angekündigte Unterstützung für mittelständische Automobilzulieferer beim Einstieg in die Rüstungsproduktion konkret umsetzen, insbesondere im Hinblick auf Förderprogramme, Zertifizierungen und Marktzugang und wie will die Staatsregierung die Zusammenarbeit bayerischer Universitäten mit der Rüstungsforschung konkret ausbauen – gibt es bereits Kooperationsmodelle oder Pilotprojekte?
- Stefan Löw**  
(AfD)
- Angesichts dessen, dass in der Antwort der Staatsregierung auf meine Anfrage „Zustand der Brückenbauten in Bayern“ bei der Unterfrage zum Erhaltungszustand der Brücken in Bayern auf die Internetseiten der staatlichen Bauämter verwiesen wird, dort allerdings nur die aktuellen Sanierungen im Jahr 2025 aufgelistet werden, frage ich die Staatsregierung, bei welchen Brücken in Bayern unter staatlicher Bauaufsicht in den letzten fünf Jahren ein akuter Sanierungsbedarf festgestellt wurde (bitte nach Standort aufschlüsseln und jeweils den Sanierungsbedarf angeben), welche dieser Brücken wurde bisher saniert bzw. erneuert und welche dieser Brücken wird in den nächsten zwei Jahren saniert bzw. erneuert?
- Roland Magerl**  
(AfD)
- Ich frage die Staatsregierung, gibt es Hinweise darauf, wer hinter dem DDoS-Angriff (Distributed Denial-of-Service-Angriff) auf Nürnberg steckt, welche Maßnahmen wurden ergriffen, um die betroffenen Online-Dienste wiederherzustellen und gab es weitere Städte oder öffentliche Einrichtungen, die zeitgleich von ähnlichen Angriffen betroffen waren?
- Christoph Maier**  
(AfD)
- Ist beabsichtigt, am Standort Kirchenweg in Egg an der Günz eine Gemeinschaftsunterkunft einzurichten, liegen hierfür bereits die erforderlichen Genehmigungen vor und wurde in diesem Zusammenhang bereits ein Nutzungsvertrag geschlossen?
- Gerd Mannes**
- Ich frage die Staatsregierung, welchen Sinn haben die am 15.05.2025 durch den Bundesminister des Innern, Alexander

- (AfD) Dobrindt, sowie Ministerpräsident Dr. Markus Söder öffentlichkeitswirksam inszenierten Grenzkontrollen am Grenzübergang Kiefersfelden, wenn der nur zwölf Kilometer entfernte Grenzübergang Erl-Windshausen nachweislich nicht kontrolliert wird, wie will die Staatsregierung ohne entsprechende Kontrollen verhindern, dass illegale Grenzübertritte sich nicht einfach auf unkontrollierte Grenzübergänge verlagern und welche Erkenntnisse liegen der Staatsregierung bereits zu einer Verlagerung auf unkontrollierte Grenzübergänge vor?
- Johannes Meier**  
(AfD) Ich frage die Staatsregierung, was unternimmt sie aktuell, um ein Stipendienprogramm für hochbegabte Ausbildungsinteressierte zu schaffen, das sich am Schulabschluss orientiert, nur bei sehr guten berufsschulischen Leistungen weiterläuft und vom Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales verwaltet wird, wie bewertet die Staatsregierung die Schaffung vollzeitschulischer Vorausbildungsplätze an staatlichen Berufsschulen für ausbildungswillige Jugendliche ohne Lehrstelle mit dem Ziel, diese gezielt auf eine betriebliche Ausbildung im Folgejahr vorzubereiten und welche Maßnahmen ergreift die Staatsregierung, um besonders leistungsstarke Jugendliche beim Übergang von der Schule in die berufliche Ausbildung gezielt zu fördern und Potenziale frühzeitig zu erkennen?
- Jürgen Mistol**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Ich frage die Staatsregierung, warum im Staatsministerium der Finanzen und für Heimat (StMFH) bei der Bewirtung von Gästen Porzellangeschirr aus den Vereinigten Arabischen Emiraten und nicht von bayerischen Porzellanherstellern verwendet wird, inwiefern bei der Beauftragung von Cateringunternehmen jenseits von Speisen und Getränken auf regionale und nachhaltige Beschaffung geachtet wird und ob eine Anschaffung von Porzellan aus bayerischer Produktion für das StMFH in Frage kommt?
- Ruth Müller**  
(SPD) Ich frage die Staatsregierung, in welcher Höhe hat der Freistaat Bayern von 2018 bis 2023 Fördergelder als Aufwandsentschädigung für ehrenamtliche Biber-, Hornissen- und Gebäudebrüterberater sowie für Ausgleichszahlungen für Biberschäden bereitgestellt (bitte aufgelistet nach Art der Ausgaben, Jahren, Regierungsbezirken, Landkreisen, Kommunen und kreisfreien Städten), in welcher Höhe wurden diese Fördergelder im genannten Zeitraum von den Behörden abgerufen (bitte aufgelistet nach Art der Förderung, Jahren, Regierungsbezirken, Landkreisen, Kommunen und kreisfreien Städten) und ab wann wird der Freistaat die für 2024 und 2025 gestrichenen Fördergelder für die genannten Naturschutz-Bereiche wieder zur Verfügung stellen?
- Benjamin Nolte**  
(AfD) Aufgrund der Ausreiseverbots von deutschen Staatsbürgern, welche auch Unionsbürger sind, frage ich die Staatsregierung, auf welcher konkreten gesetzlichen Grundlage mit tatsächlichen Beweisen rechtfertigt die Staatsregierung die Beteiligung an dieser Maßnahme, deutschen Staatsbürgern die Teilnahme an einer legalen Veranstaltung in einem EU-Mitgliedstaat zu verwehren, inwiefern war der Freistaat Bayern, etwa durch Amtshilfe oder

Mitwirkung der Landespolizei oder des Verfassungsschutzes, in die Planung und Durchführung dieser Ausreiseverbote involviert und welche Kriterien bzw. Definitionen wendet die Staatsregierung an, um bei der Unterstützung solcher Maßnahmen durch Bundesbehörden auf bayerischem Boden sicherzustellen, dass der Vorwurf der „Ansehenschädigung“ nicht als Vorwand für die Einschränkung der Freizügigkeit sowie Grundrechte deutscher Staatsbürger, die an einem friedlichen Kongress teilnehmen möchten, dient?

**Verena Osgyan**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, was ist der Ermittlungsstand hinsichtlich der Schlägerei am 09.05.2025 zwischen mutmaßlichen Anhängern des 1. FC Nürnberg und des 1. FC Köln, inwiefern bestehen Kenntnisse zur Eintragung beteiligter Personen in die einschlägigen Datenbanken „Gewalttäter Sport“ oder „EASy“ und wie erklärt sich die Staatsregierung, dass sich die Auseinandersetzung bereits während der Begegnung, aber außerhalb des Stadions im Nürnberger Stadtgebiet zugetragen hat?

**Tim Pargent**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie ist der aktuelle Stand hinsichtlich der dauerhaften Unterbringung des Grundsteueramts in Zwiesel, aus welchen Gründen kam es zu einer Verzögerung der für 2024 angekündigten Entscheidung über die endgültige Unterbringung des Grundsteueramts in Zwiesel (siehe dazu Presseartikel „Herbergssuche für das Grundsteueramt noch nicht beendet“ vom 12.01.2025 in der Passauer Neuen Presse) und welche konkreten finanziellen und personellen Auswirkungen (z. B. Mehrkosten, unbesetzte Stellen, Verzögerungen bei Einstellungen) sind der Staatsregierung durch die Verzögerung bei der Unterbringung des Grundsteueramts in Zwiesel bislang bekannt?

**Julia Post**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie oft haben Angestellte des Freistaates Bayern seit 2020 von einer Überlastungsanzeige gebraucht gemacht, aufgeschlüsselt nach Geschlecht sowie Aufgabenbereich und Jahr?

**Doris Rauscher**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, was sind die Gründe für die hohen Ausgabereise in Höhe von 28,3 Mio. Euro im Bereich der Qualitätsentwicklung in der Kindertagesbetreuung in Bayern und den deutlichen Anstieg dieser um + 1 232,2 Prozent, wie werden diese nicht genutzten Mittel nun eingesetzt und inwieweit soll der Abruf dieser Mittel für Kindertageseinrichtungen zukünftig verbessert werden, um solche Ausgabereise zukünftig zu vermeiden?

**Elena Roon**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie hat sich die Anzahl der Kindertagespflegepersonen in Bayern in den letzten zehn Jahren entwickelt, welche Veränderungen gab es hinsichtlich der Qualifikation und Fortbildung von Kindertagespflegepersonen in Bayern und welche Maßnahmen wurden in Bayern ergriffen, um die Angebote von Kindertagespflegepersonen zu steigern?

**Harry Scheuenstuhl**  
(SPD)

Im Hinblick auf den ORH-Bericht 2025 (TNR. 49), in dem auf die Missstände im Bereich des Tierschutzes an Standorten der Bayerischen Staatsgüter (BaySG) hingewiesen wird, frage ich die

Staatsregierung, welche Verstöße gegen das Tierschutzgesetz auf Standorten der BaySG für die Jahre 2022 bis 2024 bekannt sind, wann wurden die daraus entstandenen Missstände beseitigt (bitte auch auf ergriffene Maßnahmen eingehen, um das Tierwohl an den betroffenen BaySG-Standorten zu sichern) und welche Maßnahmen ergreift die Staatsregierung, um solche Verstöße in Zukunft zu vermeiden?

**Franz Schmid**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie sie die in Teilen des Landkreises Neu-Ulm ab dem Jahr 2026 geplante massive Erhöhung der Müllgebühren um teils über 40 Prozent für die Haushalte bewertet, inwiefern sie hierbei rechtliche oder aufsichtsrechtliche Handlungsoptionen sieht – etwa über die kommunale Rechtsaufsicht –, um einer aus Sicht vieler Bürger unverhältnismäßigen finanziellen Belastung entgegenzuwirken, und welche Kenntnisse liegen der Staatsregierung über die Ursachen bzw. die Gebührekalkulation im konkreten Fall vor?

**Toni Schuberl**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie ist die aktuelle Dürresituation in Niederbayern (aktueller Pegelstand der Flüsse erster und zweiter Ordnung im Vergleich zu Vorjahresmonaten sowie die Entwicklung der Pegelstände), welche Auswirkung auf die Ökologie und Ökonomie lassen sich feststellen (insb. die Situation von touristischer und Güter transportierender Binnenschifffahrt sowie Landwirtschaft und Trinkwasserversorgung) und welche Maßnahmen ergreift die Staatsregierung, um gegen diese Auswirkungen auf kurzfristiger, mittelfristiger und langfristiger Sicht vorzugehen?

**Stephanie Schuhknecht**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Kinder gemäß der Sprachstandserhebung Sprachdefizite haben (bitte aufschlüsseln nach absoluten und relativen Werten pro Regierungsbezirk, Landkreisen und kreisfreien Städten), wie viele Plätze für den für diese Kinder verpflichtenden Vorkurs Deutsch geschaffen werden und ob weitere Maßnahmen im Bereich der frühkindlichen Bildung geplant sind, um für das kommende Jahr die Zahl der Kinder mit Sprachdefiziten schon vor der Sprachstandserhebung zu reduzieren?

**Katharina Schulze**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie haben sich die Planungs- und Baukosten der 19 seit 1999 bis heute geplanten, aber nicht umgesetzten Hochwasserschutzmaßnahmen in Schwaben jeweils im Verlauf der Jahre entwickelt, wie haben sich in derselben Zeitspanne die Ausgaben des Freistaates Bayern für den Hochwasserschutz gestaltet und wie hoch ist bei den 19 Vorhaben jeweils die Zahl der Haushalte, die im Falle einer erfolgreichen Umsetzung vor einem Hochwasser geschützt werden könnte?

**Florian Siekmann**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, bis zu welchem Zeitpunkt soll der angekündigte Aktionsplan QUEER erarbeitet und beschlossen werden, wie viele Mittel sind im Jahr 2025 für die Förderung von LSBTIQ-Projekten im Staatshaushalt veranschlagt (bitte nach Projekten aufschlüsseln) und inwieweit wurden die jeweiligen

Projektträger bereits über voraussichtliche Kürzungen dieser Projektmittel informiert?

**Ulrich Singer**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Beamte wurden im Jahr 2024 in Bayern insgesamt in Ausübung ihres Dienstes körperlich angegriffen, in welchen Behörden (z. B. Polizei, Justiz, Finanzverwaltung, kommunale Verwaltung) erfolgten diese Angriffe schwerpunktmäßig und welche Staatsangehörigkeit hatten die jeweiligen Tatverdächtigen?

**Ursula Sowa**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie ist der aktuelle Stand hinsichtlich des Baubeginns für die „Hochschule für den öffentlichen Dienst – Fachbereich Finanzwesen“ in Kronach, wie gestaltet sich der derzeitige Gesamtzeitplan des Bauvorhabens und wann ist die Fertigstellung geplant?

**Markus Striedl**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie wird eine Fahrkarte, die die Teilnehmer des Erasmus-Programms „DiscoverEU“ von der EU nach den geltenden Tarifbedingungen für den Schienenpersonen-nahverkehr in Bayern kostenlos zur Verfügung gestellt bekommen, aus dem Haushalt der EU konkret finanziert und wie wird der Freistaat für diese Dienstleistung entlohnt?

**Martin Stümpfig**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, bis wann plant sie eine Neuauflage eines Gesetzes zur Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger sowie Kommunen an neuen Wind- und Freiflächenphotovoltaikanlagen im Landtag einzureichen, welche Verbände wurden diesbezüglich seit dem 20.03.2025 angehört und plant die Staatsregierung weiterhin sowohl eine Bürger- als auch Kommunalbeteiligung im Rahmen des Gesetzesentwurfs?

**Arif Taşdelen**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele vollziehbar ausreisepflichtige Personen reisten bis zum 31.03.2025 aus Bayern freiwillig aus, wie viele dieser Personen erhielten dabei finanzielle Unterstützung durch das Landesamt für Asyl und Rückführungen und in welche Länder reisten die Personen aus, die freiwillig ausreisten?

**Gabriele Triebel**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wann werden die restlichen, noch zu benennenden Startchancen-Schulen bekannt gegeben, welche Schularten sind Teil dieser noch nicht bekannten Schulen, und wie viele weitere Startchancen-Schulen soll es jeweils pro Schulart geben?

**Matthias Vogler**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Maßnahmen zur Verbesserung der Notfallvorsorge und des Katastrophenschutzes wurden in Bayern in den letzten Jahren umgesetzt, wie werden Rettungsdienste und Einsatzkräfte auf großflächige Stromausfälle vorbereitet, welche Rolle spielen Frühwarnsysteme bei der Notfallvorsorge in Bayern?

**Ruth Waldmann**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, in welchen Bereichen des Naturschutzes hat der Freistaat infolge der Haushaltssperre Fördermittel gestrichen (bitte aufgelistet nach den Jahren 2024 und 2025, der Höhe der jeweiligen Fördermittel und den betroffenen Regie-

rungsbezirken, Landkreise, Kommunen und kreisfreien Städten) und wie und ab wann sollen nach den Plänen des Freistaates die fehlenden Fördermittel kompensiert werden, um trotzdem die naturschutzfachlichen Aufgaben und (Beratungs-)Angebote sicherzustellen?

**Laura Weber**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Aufgrund der Planungen eines Technologiestandorts und Industriegebiets auf dem im Jahr 2003 stillgelegten Gelände der Maxhütte in Sulzbach-Rosenberg frage ich die Staatsregierung, wie der aktuelle Stand der Planung und Entwicklung des Standorts ist?

**Christian Zwanziger**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Angesichts der per Pressemitteilung am 19.09.2023 durch das Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr angekündigten Bundesratsinitiative zur Förderung von Wohnraum für Pflegekräfte und den dort adressierten Herausforderungen für insbesondere Pflege- und Gesundheitsversorgung, frage ich die Staatsregierung, wie das staatliche Wohnraumangebot, das das Uniklinikum Erlangen seinen Beschäftigten in der Pflege (inkl. Auszubildenden und Kurzzeitbeschäftigten) anbietet, sich im Zeitraum 2010 bis 2030 entwickelt hat (tatsächliche und angestrebte „Versorgungsquote“ unter Berücksichtigung des Masterplans zur Entwicklung des Uniklinikums und ggf. Wartelisten und unter Angabe des Zuwachses von Beschäftigten in der Pflege im selben Zeitraum, sind die Beschäftigten in der Pflege nicht separat erfasst, bitte ersatzweise die Gesamtheit der Beschäftigten betrachten), welchen Stellenwert neben dem Neubau von zusätzlichem Wohnraum für Pflegekräfte der Erhalt des bestehenden Wohnraums für Mitarbeitende speziell für das Uniklinikum in Erlangen für die Staatsregierung einnimmt und welche konkreten Vorhaben plant und setzt die Staatsregierung aktuell um, um den im Koalitionsvertrag adressierten Herausforderungen im kommunalen, studentischen (einschl. Auszubildende) und genossenschaftlichen Wohnen wirksam zu begegnen (bitte unter Angabe des Umsetzungsstandes)?